

Inhalt

<i>Pedro Schwartz</i> Evolution and Emergence in Hayek's Social Philosophy	3
<i>Joachim Starbatty</i> Zum Zusammenhang von Politik, Ethik und Ökonomik bei Aristoteles.....	19
<i>Wilhelm Meyer</i> Poppers Zweites Problem der Sozialphilosophie – Anmerkungen zur Staatsphilosophie von Aristoteles	41
<i>Hans Willgerodt</i> Der Neoliberalismus – Entstehung, Kampfbegriff und Meinungsstreit	47
<i>Manfred E. Streit</i> Der Neoliberalismus – Ein fragwürdiges Ideensystem?.....	91
<i>Ernst Helmstädter</i> Wettbewerb als Rangordnungsverfahren: Wettbewerbliches Handeln in in gesellschaftlicher Interaktion.....	99
<i>Walter Hamm</i> Merkmale des politischen Wettbewerbs – Replik auf Ernst Helmstädter	131
<i>Ernst Helmstädter</i> Entgegnung auf Walter Hamms „Merkmale des politischen Wettbewerbs“	135
<i>Theresia Theurl und Andrea Matschke</i> Internationale Wettbewerbspolitik im institutionellen Wandel	137
<i>Dieter Schmidtchen</i> Wettbewerbsschutz durch regelgeleitete Wettbewerbspolitik – Anmerkungen zum institutionenökonomisch-evolutionären Wettbewerbsleitbild	165
<i>Walter Hamm</i> Selbstverantwortung in ordnungspolitischer Sicht	191
<i>Guido Schröder</i> Preise auf Grenzkostenniveau – optimal, aber unmöglich?.....	209
<i>Hubertus Bardt und Juliane Bardt</i> Kunstunternehmer im Spannungsfeld zwischen Kunst und Marktwirtschaft	241
<i>Peter Oberender und Jürgen Zerth</i> Soziale Ziele und marktwirtschaftliches Gesundheitswesen – schlußendlich kein Gegensatz! Anmerkungen zum Spannungsfeld von Wettbewerbspolitik und Sozialrecht	261

<i>Alfred Schüller</i> Saint-Simonismus als Integrationsmethode: Idee und Wirklichkeit – Lehren für die EU.....	285
<i>Richard Senti</i> Argumente für und wider die Reziprozität in der WTO – Die Reziprozität als merkantilistisches Erbe in der geltenden Welthandelsordnung	315
<i>Ingo Pies und Peter Sass</i> Korruptionsprävention als Ordnungsproblem – Wirtschaftsethische Perspektiven für Corporate Citizenship als Integritätsmanagement.....	341
<i>Erich Weede</i> Globale Ordnungspolitik im Zeitalter amerikanischer Hegemonie: Kritische Anmerkungen dazu, wie man Demokratie und Kapitalismus nicht verbreiten kann.....	371
Buchbesprechungen	393
Personenregister	449
Sachregister	457
Anschriften der Autoren.....	461

Pedro Schwartz

Evolution and Emergence in Hayek's Social Philosophy*

Inhalt

I. The roots of humanity	6
II. Commerce and language	8
III. Commerce precedes the State.....	8
IV. Markets and hierarchies.....	9
V. Consumptive hierarchies and productive hierarchies.....	10
VI. Selfish gene, cooperating individual	10
VII. The two faces of Adam Smith	12
VIII. Hayek wrongly criticised on two counts	14
Conclusions.....	15
References.....	16
Summary.....	17
Zusammenfassug: Evolution and Emergenz in Hayeks Sozialphilosophie.....	17

Summary

Hayek spoke of the “errors of sociobiology” though he was very much a Darwinian. The reason is that he thought many of the institutions of the *Gesellschaft* could not be explained directly by conclusions drawn from the observations of animals: the market, money, or the law were not natural, nor were they rational. They emerged as novelties of cultural evolution, a process that is much faster than, and partially independent of, biological evolution. Modern man’s discontent with civilisation can only be explained by that unnatural character of many of its institutions. These conclusions of *Hayek*’s are being confirmed by the latest developments of evolutionary psychology, starting with *Dawkin*’s *The Selfish Gene*.

Zusammenfassug:

Evolution and Emergenz in Hayeks Sozialphilosophie

Hayek spricht von den „Irrtümern der Sozialphilosophie“, obschon er sehr stark vom Darwinismus inspiriert wurde. Der Grund hierfür ist, daß er annahm, daß sich die Entstehung gesellschaftlicher Institutionen – Markt, Geld, Recht – nicht unmittelbar mit den Erkenntnissen aus der Tierwelt erklären lasse. Diese Institutionen sind weder rein natürlich entstanden, noch sind sie das Resultat eines rationalen Entwurfs. Sie sind das Ergebnis einer kulturellen Evolution, die einen Prozeß darstellt, der Neuerungen viel schneller hervorbringt als die biologische Evolution. Die ablehnende Haltung der Bürger heute gegenüber vielen zivilisatorischen Errungenschaften kommt folglich dadurch zustande, daß diese Institutionen weitgehend abgekoppelt von der biologischen Evolution – insofern unnatürlich – entstanden sind. Diese Schlußfolgerung *Hayeks* steht in Einklang mit neueren Erkenntnissen der evolutionären Psychologie, die mit *Dawkins* „*The Selfish Gene*“ beginnt.

Joachim Starbatty

Zum Zusammenhang von Politik, Ethik und Ökonomik bei Aristoteles

Inhalt

I. Primat von Politik und Ethik	19
II. Die Beurteilung der aristotelischen Ökonomik in der Literatur	20
III. Die aristotelischen Axiome	22
IV. Die Entdeckung der Kollektivgutproblematik	24
V. Das „gelungene Leben“ bedingt Sklaverei	26
VI. Privateigentum und Koordination	28
VII. Die Zinsnahme als die widernatürlichste Erwerbsart	30
VIII. Aristoteles' „unethische“ Ethik	32
IX. In der Ordnungspolitik auf den Empiriker setzen	33
1. Aristoteles' empirische Sätze	33
2. Die knappe Ressource „Gemeinsinn“	35
3. Die Werkfreude: Etwas um der Sache willen tun!	36
4. „Wenn das Gesetz es kappt und stützt“	37
Literatur	37
Zusammenfassung	38
Summary: On the relationship of politics, ethics and economics in the works of Aristoteles	39

I. Primat von Politik und Ethik

Aristoteles konzipiert in seiner Schrift „Politik“ seine Vorstellung von einem besten Staat.¹ Er orientiert sich an *Platons* Staatsidee, die dieser in seinem Dialog „Politeia“ „Der Staat“ ausfaltet, doch setzt er sich in entscheidenden Punkten von *Platon* ab. In *Platons* gerechtem Staat regieren die Philosophen, die Tapferen schützen den Staat und seine Bewohner gegen Unruhen von innen und gegen Angriffe von außen, und die am Erwerb und Genuß Interessierten sorgen für die Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse. Aristoteles wirft *Platon* vor, nicht der menschlichen Natur gerecht zu werden,

1 Der Aufsatz basiert auf: *Aristoteles' „Politik“ (ΠΟΛΙΤΙΚΑ)* – griechisch und deutsch, hrsg. von *Franz Susemihl*, Erster Theil: Text und Übersetzung, Leipzig 1879 (Faksimile-Ausgabe in der von *Bertram Schefold* herausgegebenen Edition „Klassiker der Nationalökonomie“, Düsseldorf 1992). – Zur Identifikation der hier verwendeten und zitierten Textstellen sind sowohl die Seitenangaben aus *Susemihls* „Politik“ als auch die international verwendeten Randziffern verwendet worden.

Zusammenfassung

In *Aristoteles'* bestem Staat ist die Wirtschaft an politischen Vorgaben ausgerichtet, die ihrerseits ethisch determiniert sind. *Aristoteles* bemüht sich um empirische Absicherung, soweit diese mit seinen ethischen Axiomen konform geht. Bei der Zurückweisung der platonischen Weiber- und Kindergemeinschaft sowie des „aristokratischen“ Besitzkommunismus läßt er sich von der empirisch erfahrbaren Kollektivgutproblematik leiten. Seine „naturrechtliche“ Begründung der Sklaverei orientiert sich hingegen nicht an seinem Axiom der Eigenliebe, sondern an seiner ethischen Vorgabe eines „gelungenen“ Lebens des athenischen Bürgers. In seiner berühmten Ableitung des Zinsverbots dominiert der Ethiker über den Denker *Aristoteles*. Die Analyse der aristotelischen Konzeption zeigt schließlich, daß *Aristoteles'* Ethik gegen fundamentale ethische Prinzipien verstößt, wenn sie die Wirklichkeit ausschaltet, wie auch die heutige Sozialpolitik unsocial wird, wenn sie gegen ökonomische Gesetzmäßigkeiten gerichtet ist. Doch wird nicht der gesamte *Aristoteles* in den Orcus verbannt; es wird dafür plädiert, bei ordnungspolitischen Entwürfen nicht wie bisher auf den Ethiker, sondern auf den Empiriker *Aristoteles* zu setzen.

Summary:

On the relationship of politics, ethics and economics in the works of Aristoteles

In *Aristotle's* “best state” the economy is governed by political prescriptions which on their part are determined by ethical principles. *Aristotle* tries to his sentences on empirical experiences as far as this approach is compatible with his ethical axioms. By refusing both *Plato's* idea of women's and children's community as well as common property for the ruling classes *Aristotle* is led by the idea of natural law and by empirical experiences of public good problems. However his foundation of slavery is not based on the empirically tested principle of amour but on his ethical prescription that the citizens in his best state should devote their whole time and energy to the common wealth so that their daily business has to be done by slaves. In his famous deduction on the prohibition of interest *Aristotle's* ethics gains the victory over the thinker *Aristotle*. The analysis of the aristotelian concept shows finally that his ethics offends against general ethical principles when it excludes reality, so as the social policy of today becomes unsocial when economic laws are neglected. Yet not the whole *Aristotle* should be banned to the Orcus; this article rather pleads for relying not on his ethical principles as it is done until now designing institutional arrangements, but on his empirical perceptions.

Hans Willgerodt

Der Neoliberalismus – Entstehung, Kampfbegriff und Meinungsstreit

Inhalt

I. Niedergang, Rückbesinnung und Neuanfang des Liberalismus.....	47
1. Der Vormarsch der Sozialismen.....	47
2. Teilrückzüge und neue Vorstöße des Sozialismus	50
3. Die liberale Renaissance.....	52
4. Vom Sinn eines „Neoliberalismus“.....	54
5. Vom alten zum neuen Liberalismus	59
II. Der Neoliberalismus als Kampfbegriff	61
1. Neoliberalismus = „Kapitalismus“?	61
2. Antiliberaler Sprachpolitik.....	64
III. Neoliberalismus im Meinungsstreit - Grundsatzprobleme.....	66
1. Kritik am neoliberalen Menschenbild	66
2. „Liberaler“ Wertrelativismus.....	67
3. Liberale Käuflichkeit und liberale Grundsätze.....	70
4. Grenzen des Individualismus.....	71
IV. Kritik an der neoliberalen Wirtschaftspolitik.....	71
1. Ein Beispiel für neoliberale Selbstkritik.....	71
2. Allgemeine Kritik an „neoliberalen“ Phantomen	72
3. Kritik an der angeblich neoliberalen deutschen Wirtschaftspolitik.....	73
4. Antiliberaler Gegenvorschläge	77
V. Die Neoliberalen und ihr Staat	81
Literatur	84
Zusammenfassung	87
Summary: Neo-liberalism – origin, item of campaign and matter of controversy..	88

Zusammenfassung

Der Autor beginnt mit einem historischen Überblick über die Entwicklung liberaler Politik seit dem 19. Jahrhundert, ihre zunächst noch langsame Verdrängung durch paternalistische und sozialistische Strömungen im Anfang des 20. Jahrhunderts und die kollektivistische Wirkung der beiden Weltkriege, deren sozialistische Tendenzen sich erst in allen ihren Nachteilen auswirken mußten, bevor eine Rückbesinnung auf liberale Alternativen möglich wurde. Eine Rückkehr zum Laisser-faire und seinen angeblich liberalen Degenerationen war nicht möglich, so daß nur ein reformierter und damit weiter entwickelter Liberalismus praktisch in Betracht kam. Man hat ihn Neoliberalismus genannt.

Diese Bezeichnung wurde und wird vor allem von sozialistischen und autoritären Gegnern als Kampfbegriff verwendet und zu diesem Zweck sprachpolitisch verfälscht. Der Autor setzt sich im Einzelnen mit den dabei angewandten Taktiken auseinander.

Anschließend befaßt er sich mit Grundsatzproblemen der Vorwürfe, die dem Neoliberalismus gemacht werden. Eine angebliche Verabsolutierung der Freiheit wird als unzutreffend zurückgewiesen. Es wird gezeigt, daß Wertentscheidungen innerhalb des neoliberalen Konzeptes unvermeidlich sind. Das Problem der vermeintlich liberalen Standpunktlosigkeit und des Relativismus wird näher betrachtet. Die außerökonomischen Bedingungen einer liberalen Wirtschaft werden einbezogen.

Schließlich wird die neuere Kritik an der neoliberalen Wirtschaftspolitik in einigen Punkten genauer geprüft. Zunächst wird der Neoliberale *Alexander Rüstow* mit seiner religionsgeschichtlichen Kritik am älteren Wirtschaftsliberalismus betrachtet, doch wird die Übertragung dieser Kritik auf den Neoliberalismus im deutschen Verständnis zurückgewiesen. Ebenso wird die These abgelehnt, der Neoliberalismus sei von der neoklassischen Wirtschaftstheorie abhängig und die heutige deutsche und internationale Wirtschaftspolitik sei *allgemein* von neoliberalen Vorstellungen beherrscht. Der Autor setzt sich mit der dem Neoliberalismus vorgeworfenen Konzeption des stabilen Geldes, begrenzten Staatsdefizits, lohnpolitischer Einordnung in das Ziel hoher Beschäftigung, sozialpolitischer Zurückhaltung gegen wohlfahrtsstaatliche Übersteigerungen, Freiheit des internationalen Güterverkehrs, insbesondere der beschäftigungspolitischen Funktion von Exporten auseinander. Die praktischen Vorschläge der Gegner des Neoliberalismus, insbesondere zur Lohnsteigerung, zu höheren Steuern auf Unternehmungen und höhere Einkommen sowie für höhere Staatsverschuldung werden kritisch geprüft.

Abschließend wird eine andere Einstellung der Neoliberalen zum Staat und seiner Verwaltung gefordert, um den sie sich kümmern müssen, wenn sie politische Erfolge haben wollen. Da die Neoliberalen den Staat als ordnende Kraft brauchen, müssen sie versuchen, auf ihn einzuwirken, anstatt ihn schlechthin abzulehnen.

Summary:

Neo-liberalism – origin, item of campaign and matter of controversy

The influence of liberal ideas and practice during the 19th century was significant also in Germany, but lost its power gradually due to protectionist tendencies at the end of that century. More or less monopolistic and private economic groups were admitted in the name of “laissez-faire”, and the state became ready to intervene into the market process in favour of special interests. At the same time a rather modest paternalistic system of welfare protection for the working class was introduced, which later on demonstrated a built-in tendency to expand. But the collectivist and socialist movement of the 20th century became dominant by the two World Wars and their consequences. This led to political and economic catastrophes of incredible dimensions. Therefore a return to liberal ideas was given a second chance. But a simple return to laissez-faire and mistakes of the historical liberalism were not intended. Therefore the new ideas were called “neoliberalism”.

This is used by collectivists of all kinds as a catchword for everything they do not like. They define the new concept irrespective of the reforms included in the new liberal ideas. The author describes also the tactics used in this process.

He then analyses some principal points used against neoliberalism and demonstrates the extent to which decisions are based on value judgements unavoidable in this liberal concept. In no event does this imply to have no convictions at all. In addition there are general requirements beyond supply and demand necessary for a liberal and humane economy.

Then objections against neoliberal economic policy are discussed starting with some points put forward by *Alexander Rüstow*, a neoliberal himself, against the old liberalism and not relevant to neoliberalism when defined correctly as a reformed liberal concept. The author further shows that the economic policy of neoliberalism does not necessarily depend on the so-called neoclassical economic theory nor is the modern German and international economic policy generally dominated by neoliberal convictions. The modern critique against neoliberalism is – among other points - directed against stable money, limited budget deficits, wages limited by the requirement of full employment, and freedom of international exchange presented as dangerous “globalization”. The polemics against “globalization” could not be treated here in all of its details. Neoliberalism is also criticized because it only wants to admit social welfare when it is correctly financed and does not destroy self-responsibility.

Public finance as well as structure and financing of social security and the conditions of the labour market are dominated by socialist policies, not only in Germany. It is absurd to make neoliberalism responsible for the deplorable result.

It is shown that the adversaries of neoliberalism make practical proposals along Keynesian lines without making sure that the conditions necessary for a success of these proposals are fulfilled.

The author finally emphasizes that the hostile attitude of liberals and many neoliberals against the state and the public service as such must be changed if neoliberals really want to have some success.

Manfred E. Streit

Der Neoliberalismus – Ein fragwürdiges Ideensystem?

Inhalt

I. Überblick.....	91
II. Der polemische Missbrauch.....	92
III. Die unverständene Handlungsordnung.....	93
IV. Das Pejorativum: Laissez-Faire.....	93
V. Die verschwiegene Präferenz: der bevorzugte Staatseingriff.....	94
VI. Eine irritierende Bedrohung: Globalisierung.....	94
VII. Die verdrängte Vergangenheit: Marktwidrige Klientelpolitik.....	96
VIII. Schlussbemerkung.....	96
Literatur.....	97
Zusammenfassung.....	98
Summary: Neoliberalism – a questionable system of ideas?.....	98

Zusammenfassung

Der vorliegende Artikel bezieht sich auf die Polemik, welche die Diskussion über wirtschaftliche Reformen in Deutschland dominiert. Ein Attribut, welches genutzt wird, um marktwirtschaftlich orientierte Reformvorschläge zu diskreditieren, ist „neoliberal“. Es wird dargelegt, dass die Benutzung dieses Attributs wenig Kenntnisse der europäischen Ideengeschichte offenbart und noch weniger Kenntnisse der Funktionsweise des marktwirtschaftlichen Systems, insbesondere des Wettbewerbs. Letzteres wird am Phänomen Globalisierung verdeutlicht. Die abschließende Folgerung wird sein, dass mit der polemischen Verwertung des Ausdrucks „neoliberal“ durch Politiker eine Wirtschafts- und Sozialpolitik dem Vergessen überantwortet werden soll, die über Jahrzehnte hinweg Sonderinteressen dienen sollte und die nun das Kränkeln einer rentesuchenden Gesellschaft widerspiegelt.

Summary:

Neoliberalism – a questionable system of ideas?

The present article refers to the polemics which dominate the discussion of economic reforms in Germany. An attribute which is used to discredit market-oriented proposals of reform is “neoliberal”. It will be argued, that the usage of the term reveals little knowledge of the European history of ideas and even less knowledge of the workings of a market system, particularly of competition in the case of globalization. The final conclusion will be that the polemic use of the term “neoliberal” by politicians should make fall into oblivion, an economic and social policy designed to serve vested interests over decades, reflecting now the ailment of a rent-seeking society.

Ernst Helmstädter

Wettbewerb als Rangordnungsverfahren Wettbewerbliches Handeln in gesellschaftlicher Interaktion

Inhalt

I. Einführung.....	99
II. Aus der aktuellen Diskussion.....	100
1. Der Staat: Wettbewerbshüter oder Wettbewerber?	100
2. Vielfalt von Wettbewerbsarten.....	102
3. Zum weiteren Vorgehen	104
III. Wirtschaftlicher Wettbewerb als Rangordnungsverfahren	104
IV. Nicht-wirtschaftlicher Wettbewerb in einer freien Gesellschaft.....	109
1. Wissenschaftlicher Reputationswettbewerb	110
2. Systemwettbewerb.....	113
3. Politischer Wettbewerb.....	118
4. Wettbewerb und Rangordnung.....	120
V. Wettbewerb in der Kulturgeschichte.....	122
VI. Wettbewerb als wissenschaftendes Verfahrensprinzip menschlicher Freiheit.....	123
1. Rangordnung und Wissen.....	123
2. Wettbewerbsarten: Analogiefähigkeit und ontologischer Befund.....	124
Literatur	126
Zusammenfassung	128
Summary: Competition as a Ranking Procedure Competitive Behaviour in Societal Interaction	128

Zusammenfassung

Angeregt durch eine ergebnislos endende Kontroverse in diesem Jahrbuch über die unterschiedliche Rolle, die der Staat im Rahmen seiner Kompetenz für die marktwirtschaftlich Ordnung hat und die andererseits der interstaatliche Systemwettbewerb verlangt, nimmt der Beitrag den heute ausufernden Gebrauch des Wettbewerbsbegriffs zum Anlaß für die Entwicklung einer ordnenden Taxonomie des Wettbewerbsbegriffs. Die Zielsetzung eines jeden Wettbewerbs sieht der Beitrag in der Entdeckung einer Rangordnung unter den Wettbewerbern. Das ist sicher plausibel im Falle des Sports, der Politik und in sozialen Gemeinschaften. Der Beitrag zeigt am Beispiel des Preiswettbewerbs, in welchem Sinne der wirtschaftliche Wettbewerb ebenfalls als Rangordnungsverfahren zu verstehen ist. Neben dem wirtschaftlichen Wettbewerb werden mehrere Varianten des Reputationswettbewerbs unter ihren unterschiedlichen institutionellen Vorbedingungen dargestellt. Die Absicht des Beitrags besteht in dem Versuch, der Perspektive der spontanen wettbewerblichen Interaktion in einer freien Gesellschaft einen analytischen Zugang zu vermitteln.

Summary:

Competition as a Ranking Procedure

Competitive Behaviour in Societal Interaction

Inspired by an unsuccessful controversy in this yearbook about the different responsibilities of the state for its own competitive economic order and about interstate systems competition, the article is tackling the getting out of hand use of the notion of competition in current political discussions. It tries to develop a taxonomy of all the different kinds of competition under the general heading of a ranking procedure. That is quite plausible for the different kinds of competition in sports, politics and societal communities. They aim all at a ranking of the participating competitors. How that works also in the frame of economic competition is shown under the text book price competition model. The great variety of reputation competition in scientific communities, system competition and politics is in detail discussed under the different institutional preconditions. The intention of the essay is to open an analytical perspective for the general idea of a spontaneous competitive interaction in a free society.

Theresia Theurl und Andrea Matschke

Internationale Wettbewerbspolitik im institutionellen Wandel

Inhalt

I. Wettbewerbspolitik im Internationalisierungsprozess	137
II. Fünf Eigenschaften des institutionellen Wandels nach North.....	139
III. Kriterien zur Untersuchung des institutionellen Wandels in der internationalen Wettbewerbspolitik	141
1. Verschiebung von relativen Preisen	141
2. Eigennutzorientierte Akteure im Interaktionsprozess	144
3. Komplementarität und Hierarchie im Institutionengefüge.....	148
4. Eingeleitete pfadabhängige Entwicklungen	152
IV. Ausgestaltung einer internationalen Wettbewerbspolitik im Licht des institutionellen Wandels	153
1. Weltkartellamt	153
2. Internationale Wettbewerbspolitik als Aufgabe der WTO	154
3. Etablierung von Mindeststandards	156
4. Das International Competition Network.....	157
V. Fazit.....	159
Literatur	159
Zusammenfassung	163
Summary: International Competition Policy and Institutional Change.....	163

Zusammenfassung

Wettbewerbspolitik erhält im Zuge der Globalisierung eine internationale Dimension. Doch die politischen Gestaltungs- und Sanktionierungsrechte für die Beurteilung von wettbewerbspolitisch bedenklichen Fällen sind nicht eindeutig zugeordnet, sobald diese grenzüberschreitend wirken. In Anlehnung an die Theorie des institutionellen Wandels von North spielen bei der Entstehung und Anpassung von Institutionen neben geänderten relativen Preisen opportunistische Akteure und die Komplementarität von Institutionen eine Rolle. Rückkopplungsprozesse können institutionellen Wandel pfadabhängig machen. So erklärt sich, warum Vorschläge für neue Institutionen der internationalen Wettbewerbspolitik wie ein Weltkartellamt oder eine Angliederung im Rahmen der WTO nicht zustande kommen, bestehende Ansätze wie das International Competition Network aber ein Schritt in diese Richtung sein können.

Summary:

International Competition Policy and Institutional Change

In the context of globalization, competition policy gets an international dimension. But political property rights regarding competition policy are not clearly allocated. As soon as companies act across borders, more than one competition agency is involved. Following Douglas C. North theory of institutional change the development of institutions is influenced by different factors. Apart from changed relative prices opportunistic actors and complementarities between institutions matter. Reactions can make institutional change path dependent. This shows why on the one hand recommendations for building an international antitrust division or a competition department within the WTO are not put into practice. It also shows why, on the other hand, institutions like the International Competition Network are a step in the right direction.

Dieter Schmidtchen

Wettbewerbsschutz durch regelgeleitete Wettbewerbspolitik – Anmerkungen zum institutionenökonomisch-evolutionären Wettbewerbsleitbild

Inhalt

I. Einleitung	165
II. Wettbewerbsmodelle	168
1. Wettbewerb als Allokationsmechanismus – eine unfruchtbare Simplifikation?	168
2. Gleichgewichtsmodelle als Erklärungen des Prinzips.....	170
3. Zur Koexistenz von Gleichgewichtstheorie, Marktprozeßtheorie und Evolutionstheorie.....	172
III. Regelgeleitete Wettbewerbspolitik.....	174
1. Normativ-funktionales Kartell- und Monopolrecht.....	174
2. Definition von Property-rights.....	175
3. Per se Regeln und „rule of reason“	177
4. Vor- und Nachteile von per se Verboten	178
5. Wettbewerbspolitik des Minimalismus	179
IV. Per se Regeln, Rule of Reason und die Kompetenz-Schwierigkeitslücke ...	181
1. Die Kompetenz-Schwierigkeitslücke	181
2. Diagnosefähigkeit und ROC-Kurve	182
3. Optimale Reaktionsstrategien: Per se Regel oder Rule of Reason?	183
V. Schlußbemerkungen	185
Literatur	186
Zusammenfassung	188
Summary: Protecting competition by a rule governed policy – Remarks on the institutional-evolutionary concept for competition policy.....	189

Zusammenfassung

Kürzlich hat Chr. *Mantzavinos* ein neues Wettbewerbsleitbild vorgeschlagen, das auf Ergebnissen der Neuen Institutionenökonomik und der Evolutorischen Ökonomik aufbaut. Er kritisiert die gängigen normativen Konzeptionen in der Wettbewerbspolitik, insbesondere die Idee des Wettbewerbs als Allokationsmechanismus, und plädiert für eine regelgeleitete Wettbewerbspolitik, die sich hauptsächlich auf per se Verbote stützt. In diesem Paper wird argumentiert, daß die Kritik an den gängigen Konzeptionen überzogen ist und daß eine Politik der per se Verbote nicht praktikabel ist. Gerichte praktizieren aus guten Gründen in Fällen, für die ursprünglich per se Verbote galten, eine de facto „rule of reason“.

Summary:

Protecting competition by a rule governed policy – Remarks on the institutional-evolutionary concept for competition policy

Recently, *C. Mantzavinos* proposed a new concept for antitrust analysis drawing on theoretical developments in New Institutional Economics and Evolutionary Economics. Criticizing the policy prescriptions based on traditional microeconomics and welfare economics, *Mantzavinos* pleads for a rule-governed antitrust policy which mainly operates with per se rules. This paper argues that the criticism of the traditional foundations of antitrust is inadequate and that per se rules rarely work. Reality confounds the principle of per se illegality and prompted courts to use a de facto rule of reason.

Walter Hamm

Selbstverantwortung in ordnungspolitischer Sicht

Inhalt

I. Wozu mehr Selbstverantwortung?	191
II. Selbstverantwortung und Wirtschaftsordnung	193
III. Ordnungspolitische Voraussetzungen für mehr Selbstverantwortung	195
IV. Ausgestaltung der Selbstverantwortung	197
V. Anwendungsbereiche für mehr Selbstverantwortung	199
1. Arbeitslosenversicherung	200
2. Pflegeversicherung	202
3. Gesetzliche Krankenversicherung (GKV)	203
4. Selbstverantwortung im unternehmerischen Bereich	205
VI. Abschließende Bemerkungen	206
Literatur	206
Zusammenfassung	207
Summary: Self-Responsibility from the viewpoint of constitutional economics (Ordnungspolitik)	207

Zusammenfassung

Steuererhöhungen sind der falsche Weg, die Finanznot der öffentlichen Hand in Deutschland zu lindern, weil Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sowie die Leistungsbereitschaft der Arbeitenden und die Beitragseinnahmen der Sozialkassen negativ beeinflusst werden. Ordnungspolitisch richtig und finanzpolitisch erfolgreich wäre es, die Selbstverantwortung sowohl für die privaten Haushalte als auch für die Unternehmen zu stärken. Die Bereitschaft der Politiker, private Risiken großzügig mit öffentlichen Mitteln zu decken, hat verbreitet zu moral hazard, zu betrügerischem Verhalten, zu Ineffizienzen und zur systematischen Ausbeutung öffentlicher Kassen geführt. Durch staatlich induziertes Fehlverhalten werden jährlich hohe zweistellige Milliardenbeträge vergeudet. In diesem Beitrag werden beispielhaft zahlreiche Fälle dargestellt, welcher Art das verbreitete Fehlverhalten ist und welche Abhilfen zweckmäßig sind. Kollektive Hilfen müssen eingeschränkt werden. Mehr Subsidiarität und weniger Solidarität, also mehr Selbstverantwortung, würde grundlegende Verhaltensänderungen bewirken und die öffentlichen Kassen nachhaltig entlasten.

Summary:

Self-Responsibility from the viewpoint of constitutional economics (Ordnungspolitik)

Tax increases are not at all an appropriate way to solve fiscal problems. The result would be a decrease of the growth path, the motivation of the employees and employers would decline, and revenues, at least, too. A superior alternative is to strengthen the self-responsibility of the households and firms by recurring of basic ORDO-principles: Recurring on subsidiarity and self-responsibility would induce incentives for a greater willingness to perform. As a consequence growth, welfare and revenues would accelerate.

Guido Schröder

Preise auf Grenzkostenniveau – optimal, aber unmöglich?

Angebotsseitige Subadditivität und nachfrageseitige Nicht-Rivalität als die zwei Seiten ökonomischer Nicht-Rivalität

Inhalt

I. Die Grenzkosten-Paradoxie in der Ökonomik	209
II. Auseinandersetzung(en) mit der Grenzkosten-Paradoxie	211
1. Zwei Spielarten der Grenzkosten-Paradoxie	211
a. Subadditivität in der Theorie Natürlicher Monopole	211
b. Nicht-Rivalität in der Kollektivgut-Theorie	218
c. Ökonomische Rivalität als Bindeglied zwischen den Theorien	225
2. Auflösung des Scheinwiderspruchs von Optimalität und Unmöglichkeit ...	230
3. Quantitative und qualitative Ineffizienzen durch Grenzkosten-Preise	235
III. Persistenz der Grenzkostenpreis-Doktrin in der (Medien)Ökonomik	236
Literatur	238
Zusammenfassung	240
Summary: Prices at Marginal Cost Level – Optimal, but Impossible?	240

Zusammenfassung

Seit Jahrzehnten herrscht in der Ökonomik die Paradoxie, daß Grenzkosten-Preise zwar für optimal gehalten werden, in der Theorie Natürlicher Monopole und der Kollektivgut-Theorie aber Fälle diskutiert werden, in denen es unmöglich ist, diese Preise zu setzen. Anhand von Fernsehprogrammen als einem Beispiel für ein Kollektivgut werden im Folgenden drei wesentliche Thesen entwickelt, die sowohl für die Theorie Natürlicher Monopole als auch für die Kollektivgut-Theorie von Bedeutung sind.

1. Trotz unterschiedlicher Ausgangsprobleme beschäftigen sich die Theorie Natürlicher Monopole und die Kollektivgut-Theorie mit dem gleichen Phänomen der Rivalität, die der Isomorphie zwischen den Theorien bei der Regulierung/Finanzierung des Gutes entspringt. Das hier eingeführte Konzept der „ökonomischen Rivalität“ und die graphische Illustration einer normal verlaufenden Nachfrage nach dem Kollektivgut machen wichtige Konsequenzen dieser Isomorphie deutlich: Zum einen führt die Nicht-Rivalität im Konsum zum Entstehen eines Natürlichen Monopols, zum anderen können private Güter durch produktive Subadditivitäten zu kollektiven Gütern werden.
2. Die in beiden Theorien herrschende Grenzkosten-Paradoxie ist lediglich ein Scheinwiderspruch, der sich mit Hilfe mikroökonomischer Überlegungen auflösen läßt.
3. Gegenwärtig wird die Ökonomik, vor allem die Medienökonomik, von einer Grenzkostenpreis-Doktrin dominiert, die weder wohlfahrts- noch institutionenökonomisch nicht zu rechtfertigen ist.

Summary:

Prices at Marginal Cost Level – Optimal, but Impossible?

Supply-side indivisibility and demand-side non-rivalry as the two sides of economic rivalry

In economics the paradox has prevailed for decades that marginal cost prices are considered to be optimal but are impossible in case of natural monopolies or public goods. Using the example of TV programmes three arguments are developed in this paper:

1. Despite different practical problems the theory of natural monopolies and the theory of public goods deal with the same phenomenon of rivalry which originates from the isomorphy of the theories. The concept of “economic rivalry”, which is introduced here, and the graphic illustration of a normally shaped demand curve for the public good demonstrate an important consequence of this isomorphy: Non-rivalry in consumption leads to a natural monopoly and normal private goods can become public goods in case of subadditivities.
2. In both theories the marginal cost paradox is just an apparent contradiction which can be resolved with a microeconomic approach.
3. At present a marginal cost doctrine dominates in (media)economics which cannot be justified in the light of welfare or institutional economics.

Hubertus Bardt und Juliane Bardt

Kunstunternehmer im Spannungsfeld zwischen Kunst und Marktwirtschaft

Inhalt

I. Künstler und Marktwirtschaft – ein angespanntes Verhältnis.....	242
II. Kunstunternehmer und andere Marktteilnehmer.....	244
1. Künstler	247
2. Galeristen und Kunsthändler	249
3. Sammler und andere Kunstkunden.....	250
4. Kritiker und Kunsthistoriker.....	253
III. Gründe für die Distanz zwischen Künstlern und Unternehmertum	254
IV. Fazit.....	257
Literatur	257
Zusammenfassung	259
Summary: Art Entrepreneurs between Arts and Markets.....	259

Zusammenfassung

Bei zahlreichen Kunstschaaffenden ist eine Sympathie für sozialistische Gesellschaftsmodelle, zumindest eine Ablehnung marktwirtschaftlicher und unternehmerischer Konzepte, zu beobachten. Dies erscheint schon deshalb als Widerspruch, weil Künstler oftmals selbst als Unternehmer auftreten. Sie plazieren ihre Werke – auch mit Hilfe von Galerien – erfolgreich am Markt oder erringen mit neuen Kunstformen Ansehen und können so im Sinne eines dynamischen Unternehmers Innovationen durchsetzen. Die Distanz zwischen Kunst und Unternehmertum basiert somit auf einem scheinbaren Widerspruch. Daß es dennoch zur Reserviertheit gegenüber der marktwirtschaftlichen Ordnung bei vielen Künstlern kommt, kann unter anderem auf mangelnde Selektionsmechanismen in der Kunst, auf eine ex ante-Selektion von Künstlern und auf „l’art pour l’art“-Vorstellungen zurückgeführt werden.

Summary:

Art Entrepreneurs between Arts and Markets

Many artists support socialistic ideas about society opposing free market economy and entrepreneurship. However, artists themselves act as entrepreneurs when they offer their works to the art market or attempt to generate public attention in general. Thus, following *Schumpeter's* model of the dynamic entrepreneur, artists are innovators. Reasons for many artists' attitude towards free market economy can be found in a lack of selection mechanisms in art, in an ex ante selection of artists and the philosophical concept of „l’art pour l’art“.

Peter Oberender und Jürgen Zerth

Soziale Ziele und marktwirtschaftliches Gesundheitswesen - schlußendlich kein Gegensatz! Anmerkungen zum Spannungsfeld von Wettbewerbspolitik und Sozialrecht

Inhalt

I. Solidarität und Kartellrecht: Widerspruch an sich?	261
II. Zur Notwendigkeit einer Regulierung im Gesundheitswesen.....	263
1. Ausnahmereich Gesundheitswesen?.....	264
2. Notwendigkeit einer Mindestsicherung?	267
3. Zwischenergebnis: Wettbewerb und soziale Rechte sind vereinbar.....	269
III. Wettbewerbspolitische Implikationen bei einem vertragsorientierten Gesundheitswesen	270
1. Skizze eines marktwirtschaftlichen Vertragsmodells.....	270
2. Ein Musterbeispiel wettbewerbstheoretischer Konsequenzen.....	271
3. Schlußfolgerung: Wettbewerbspolitik als Trade off-Entscheidung	276
IV. Wettbewerbspolitische Agenda	277
1. Ein „soziales“ Wettbewerbsrecht im Gesundheitswesen	277
2. Implikationen für das deutsche Gesundheitssystem	279
Literatur	281
Zusammenfassung	283
Summary: Social claims and liberal health care reform: a coincidence is possible!	283

Zusammenfassung

Das Gesundheitswesen als einer der bedeutendsten volkswirtschaftlichen Wertschöpfungssektoren stellt grundsätzlich keinen Wirtschaftsbereich dar, für den eine ökonomische Bereichsausnahme notwendig ist. Gleichwohl gilt es, das Verhältnis zwischen Sozialansprüchen einerseits und wettbewerblichen Steuerungsinteressen andererseits auszugleichen. Wettbewerbliche Fortentwicklungen im Gesundheitswesen, zumindest wenn sie sowohl den Versicherungs- als auch den Versorgungswettbewerb umfassen, werden sich verstärkt mit den Zielsetzungen einer klassischen Wettbewerbspolitik, die auf Eindämmung wirtschaftlicher Macht ausgerichtet sind, auseinandersetzen müssen. Es gilt daher festzuhalten, daß es nicht Ziel einer Wettbewerbsordnung für das Gesundheitswesen sein kann, sich an einem statischen Wettbewerbsleitbild auszurichten. Vielmehr sind verschiedenartige Marktunvollkommenheiten, die sowohl allokativ als auch durch sozialpolitische Zielsetzungen begründet sind, durch eine wettbewerbskonforme, institutionelle Wettbewerbsordnung auszugleichen. Als institutioneller Anknüpfungspunkt bietet es sich an, die Diskussion von verfassungsrechtlichen „protected domains“ in den Vordergrund einer generalisierten Wettbewerbsordnung zu stellen. Eine Wettbewerbspolitik für das Gesundheitswesen wird daher sowohl allgemeine Wettbewerbsgrundlagen als auch spezielle Regulierungsinstrumentarien miteinander verknüpfen müssen.

Summary:

Social claims and liberal health care reform: a coincidence is possible!

Much attention has been devoted to the analysis of competition in the health care markets especially concerning the effects of horizontal competition between health care providers on the one hand and the effect of demand power of Health Plans on the other hand. Vertical relations between insurers and health care providers in the context of health care system concerning either competition between the actors or social rights for insured persons have not been studied extensively. Although there is no appropriate theory describing the interconnection between health care providers and insurers with regard to complying legal requirements it could be shown that a coincidence of both objectives would be possible with an adequate form of regulation. It is also clear that a strict separation between social law and competition law is not applicable for a future health care system. In that consequence the German health care system has to change to a new form of competition law for health care.

Alfred Schüller

Saint-Simonismus als Integrationsmethode: Idee und Wirklichkeit – Lehren für die EU*

Inhalt

I. Einführung und Fragestellung	285
II. Der Saint-Simonismus als „konstruktivistischer Interventionismus“	287
1. Ideen- und integrationsgeschichtlicher Rückblick.....	287
2. Die Saint-Simonistische Integrationsmethode in der Praxis	291
3. Zwischenergebnis	293
III. Der Saint-Simonismus und die Europäische Integration	294
1. „Marché Commun“ versus „Marché Unique“	294
2. Die EU nach „Maastricht“ – Saint-Simonismus im Vormarsch.....	295
3. Saint-Simonistische EU – über den Systemdualismus zu einem „Dach ohne Haus“?	303
IV. Vorkehrungen gegen Saint-Simonistische Handlungskonzepte in der EU ..	305
1. Wettbewerb als Handlungsnorm der Gemeinschaft – Das Beispiel Sozialunion	306
a. Der Maßstab“Einheitliche Wettbewerbsbedingungen“	307
b. „Diskriminierungsfreier Wettbewerb“ als Gestaltungsnorm	307
2. Beschränkung des Wettbewerbs um „Mittel aus Brüssel“	309
Literatur	311
Zusammenfassung	313
Summary: Saint-Simonism as a Method of Integration: Idea and Reality – Lessons for the EU.....	313

Zusammenfassung

Der proto-sozialistische Theoretiker *Saint-Simon* und seine Anhänger, die *Saint-Simonisten*, haben im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert vielbeachtete Vorstellungen für zentral geplante und gelenkte menschliche Gemeinschaften entwickelt – auch als Ordnungsprinzip für ein friedliches vereintes Europa. Die zugrundeliegende konstruktivistisch-interventionistische Integrationsidee sieht im klassisch-liberalen Freiheitsdenken das Grundübel menschlicher Gemeinschaftsbildung, steht also im Widerspruch zur marktwirtschaftlich-wettbewerblichen Integrationsmethode, mit der im 19. Jahrhundert zum Beispiel der Deutsche Zollverein erfolgreich war. Von Frankreich ausgehend hat sich das Saint-Simonistische Integrationsdenken in zahlreichen Varianten ausgebreitet. In der Praxis ist dieses Denken vor allem im 20. Jahrhundert auf verhängnisvolle Weise gescheitert. Bisher ist keine konkurrenzfähige Alternative zum liberalen Typ der internationalen Gemeinschaftsbildung erkennbar. Trotzdem hat der Saint-Simonismus nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem unter dem Einfluß Frankreichs Eingang in den Prozeß der europäischen Integration gefunden. Die Dominanz der marktwirtschaftlich-wettbewerblichen Methode geriet damit allerdings zunächst nicht in Gefahr. Doch mit den umfangreichen Interventionsmöglichkeiten des *Maastrichter Vertrags* befindet sich die EU seit den 90er Jahren auf Saint-Simonistischem Gegenkurs. Sie steht in der Gefahr, für die Vielvölkergemeinschaft der Mitgliedsländer ein „Dach ohne Haus“ (*Wilhelm Röpke*) zu werden. Der Beitrag plädiert für eine systematische Kursänderung – mit der Empfehlung eines diskriminierungsfreien Wettbewerbs als Handlungsnorm der EU. Ziel ist es, der marktwirtschaftlich-wettbewerblichen Integrationsmethode uneingeschränkt zur Vorherrschaft zu verhelfen und damit den Bürgern Europas eine dauerhaft attraktive Gemeinschaft zu sichern.

Summary:**Saint-Simonism as a Method of Integration: Idea and Reality – Lessons for the EU**

At the turn of the 18th century *Saint-Simon* and his disciples, the *Saint-Simonists*, developed ideas about centrally planned and directed humane societies. These ideas are still influential and are proposed by some as guiding principles for the development of an institutional structure for a peaceful united Europe.

According to the constructional interventionist ideas of the Saint-Simonists, classical liberal philosophies are the root cause of many problems in society. They therefore disapprove of liberal methods of integration which rely on competitive markets such as the one successfully employed by the German Customs Union in the 19th century. Emanating from France, the ideas of the Saint-Simonists on integration have been disseminated in a wide range of variants. However, experiences of the 20th century demonstrate the disastrous failure of the Saint-Simonist' concepts of integration. So far no successful alternatives to liberal methods of integration which rely on competitive markets have been developed. Never-the-less, since the second world war, French interventions, in particular, have allowed Saint-Simonist' ideals to influence the process of European Integration.

While the dominance of liberal methods of integration via competitive markets was initially not challenged, the wide reaching possibilities for market interventions contained in the Maastricht treaties give a clear indication of the resurgence and spread of influence of Saint-Simonist ideals since the 1990s. Should these become dominant the multicultural community of the EU member countries will be at risk to suffer from increasing in political bureaucracy and the loss of competitive performance incentives and entrepreneurial freedom. The EU would thereby mutate to an institution described by *Wilhelm Röpke* as a “*roof without a house*”.

This article calls for a systematic readjustment of EU policies in favour of liberal methods of integration, which should reaffirm non-discriminatory competition as the leading principle of EU integration. This aims at ensuring that the EU will remain an attractive community for its citizens in the long-term

Richard Senti

Argumente für und wider die Reziprozität in der WTO – Die Reziprozität als merkantilistisches Erbe in der geltenden Welthandelsordnung

Inhalt

I. Reziprozität in der Welthandelsgeschichte	316
II. Begriffliche Abgrenzung	318
III. Reziprozität im geltenden WTO-Vertragswerk	323
IV. Argumente	325
1. Wirtschaftspolitische Argumente	325
2. Die politischen und diplomatischen Argumente	329
V. Schlußfolgerungen.....	332
Literatur	337
Zusammenfassung	339
Summary: The merits of reciprocity in the WTO.....	339

Zusammenfassung

Die Reziprozität ist zusammen mit den Prinzipien der Meistbegünstigung und der Inlandgleichbehandlung eines der Hauptelemente der heute in der Welthandelsorganisation (WTO) festgeschriebenen Welthandelsordnung. Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, ob eine auf Reziprozität angelegte Verhandlungsstrategie nicht im Widerspruch zu einer auf Gleichheit und Gemeinsamkeit beruhenden Welthandelsordnung steht. Die reziproke Verhandlungsweise schafft den marktstarken Handelspartnern die Möglichkeit, ihre eigenen Interessen auf Kosten der marktschwachen Staaten durchzusetzen und zu mehren. Die ersten Abschnitte nehmen eine begriffliche Abgrenzung der Reziprozität vor und zeigen, wie die auf Gegenseitigkeit beruhende Verhandlungsstrategie über das Cordell Hull-Programm in das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und seine Nachfolgeorganisation WTO eingeflossen ist. Die anschließende Analyse kommt zum Schluß, daß die heute in der WTO verankerte Reziprozität ökonomisch beziehungsweise außenhandelspolitisch kaum zu rechtfertigen ist und merkantilistische Züge aufweist. Auf Wohlwollen und Zustimmung stößt das reziproke Verhandeln allein bei den Politikern und Diplomaten. Die Arbeit schließt mit der These, das Prinzip der Reziprozität im Rahmen der WTO zu streichen.

Summary:

The merits of reciprocity in the WTO

Reciprocity is one of the main features of the current world trade system. Other principles of the system, as anchored in the World Trade Organisation (WTO), include most favoured nation and national treatment. This contribution addresses the question as to whether a negotiating strategy based on reciprocity is in conflict with a world trade system founded on principles of equality and mutuality. Adopting a reciprocal approach allows the stronger negotiating partner to succeed in relation to its own goals and to grow - all at the cost of the weaker negotiating partner. The first part examines the various definitions of reciprocity and shows how the principle has moved through the Cordell Hull programme into the General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) and its successor organisation, the WTO. The conclusion offered from the analysis is to the effect that reciprocity, as rooted in the WTO, cannot be justified, whether on an economic basis or on a foreign trade basis, and that it shows elements of mercantilism. The only people who support negotiations through which the thread of reciprocity flows, are politicians and diplomats. The article concludes with the proposal that the principle of reciprocity should be removed from the WTO arena.

Ingo Pies und Peter Sass

Korruptionsprävention als Ordnungsproblem – Wirtschaftsethische Perspektiven für Corporate Citizenship als Integritätsmanagement

Inhalt

I. Korruption als Tausch zu Lasten Dritter	344
II. Korruption und die Grenzen des Strafrechts	348
III. Die fundamentale Asymmetrie: Optionen der Korruptionsprävention	350
IV. Das unternehmerische Regelinteresse an Korruptionsprävention.....	357
V. Das ordnungspolitische Problem.....	359
VI. Zusammenfassung und Ausblick.....	365
Literatur	366
Zusammenfassung	369
Summary: Prevention of Corruption as a Problem of Institutional Reform – An Economic Ethics Perspective on Corporate Citizenship as Integrity Management	369

Zusammenfassung

Dieser Beitrag interpretiert das moralische Anliegen einer wirksamen Bekämpfung von Korruption als ordnungspolitisches Problem. Er bestimmt Korruption (a) als Mißbrauch einer Vertrauensbeziehung zwischen Prinzipal und Agent und (b) als Geheimhaltungsdelikt: Die an der Korruption beteiligten Akteure errichten Informationsbarrieren, die es nicht nur dem geschädigten Prinzipal, sondern insbesondere auch den Strafverfolgungsbehörden schwer machen, Korruption aufzudecken. Den Eigentümern des bestechenden Unternehmens fällt es hingegen wesentlich leichter, diese Geheimhaltung zu durchbrechen und geeignete Vorkehrungen gegen Korruption zu treffen. Deshalb besteht das ordnungspolitische Problem darin, Anreize zu setzen, damit Unternehmen sich nicht nur gegen passive Bestechung schützen, sondern vor allem auch konsequent gegen aktive Bestechung vorgehen. Die Hauptthese dieses Beitrags lautet, daß eine auf Anreize zur Anreizsetzung ausgerichtete Ordnungspolitik zweiter Ordnung erforderlich ist, die das Selbstregulierungspotential der Unternehmen als Corporate Citizens aktiviert und gesellschaftlich für eine effektive Korruptionsprävention in Dienst nimmt.

Summary:

Prevention of Corruption as a Problem of Institutional Reform – An Economic Ethics Perspective on Corporate Citizenship as Integrity Management

The moral claim to fight corruption effectively requires institutional reform. Two characteristics are important. First, corruption is a betrayal of trust in a principal-agent relationship. Second, corruption is a secret crime with a generally very low probability of detection: The corrupt parties try to erect information barriers and thus make it difficult, both for the harmed principal and for law enforcement agencies, to detect their crime. However, compared with the harmed principal on the bribe-taking side, the owners of the firm on the bribe-giving side will find it relatively easy to gather the necessary information about corruption and to take effective counter-measures to prevent it. Therefore, it is of vital importance to provide firm owners with strong incentives to prevent not only bribe-taking but, in addition, to prevent bribe-giving by their employees as well. For this purpose, an indirect second-order institutional reform is needed which sets incentives for setting incentives: a policy that gives firms stimuli to engage in self-governance and to act as corporate citizens by implementing effective measures to prevent bribe-giving by their employees.

Erich Weede

**Globale Ordnungspolitik im Zeitalter
amerikanischer Hegemonie: Kritische Anmerkungen dazu,
wie man Demokratie und Kapitalismus nicht verbreiten kann**

Inhalt

I. Amerika als hegemoniale Ordnungsmacht.....	371
II. Wirtschaftliche Freiheit und Freihandel.....	374
III. Demokratisierung durch Krieg und Sieg?.....	375
IV. Rebellion und Grausamkeit.....	378
V. Wohlstand durch Entwicklungshilfe und ‚Fairness‘ im Welthandel?.....	380
VI. Abschließende Überlegungen.....	385
Literatur	388
Zusammenfassung	392
Summary: Global Order in the Era of American Hegemony	392

Zusammenfassung

Wenn es am Anfang des 21. Jahrhunderts ein funktionales Äquivalent zu einer Weltregierung gibt, dann nehmen nicht die Vereinten Nationen oder deren Sicherheitsrat, auch nicht die Triade von Weltwährungsfond, Welthandelsorganisation und Weltbank, sondern die USA bzw. die amerikanische Regierung die Aufgaben einer Weltregierung war. Das ergibt sich aus dem weltwirtschaftlichen und mehr noch dem militärischen Übergewicht der USA. Wenn öffentliche Güter für die Welt überhaupt beschafft werden, wenn die politischen Rahmbedingungen für eine freie oder kapitalistische Weltwirtschaft gesichert werden, dann kann das auf absehbare Zeit nur unter amerikanischer Führung erfolgen. Sowohl der Versuch, mit militärischen Mitteln die Demokratie zu verbreiten, als auch der Versuch mit tendenziell planwirtschaftlichen Mitteln, die Armut zu überwinden, gefährden diese nach dem zweiten Weltkrieg von den Amerikanern selbst geschaffene freiheitliche Weltordnung. Die Werte der wirtschaftlichen Freiheit und des Freihandels und deren Wohlstandfolgen sind attraktiv genug, dass ihre Verbreitung weder militärischer noch planwirtschaftlicher Mittel bedarf. Die Führungsrolle der USA in der Welt ist zwar nicht demokratisch legitimiert, aber sie läuft auf eine begrenzte Regierungstätigkeit und Standortwettbewerb hinaus und trägt damit zur Erhaltung freiheitlicher Gesellschaften und Volkswirtschaften bei.

Summary:

Global Order in the Era of American Hegemony

If a functional equivalent to world government exists at the beginning of the 21st century, it is neither provided by the UN or its Security Council, nor by the triad of the IMF, the WTO, and the World Bank, but by the US and its government. If global public goods are procured at all, if the political background conditions of a free and capitalist global economy are provided, then this can be done only under American leadership, now and for some time to come. The attempts to promote democracy by military means as well as to end poverty by means of planning endanger the free global order which the Americans had established in the aftermath of World War II. The values of economic freedom and free trade and their income or wealth consequences are attractive enough that their promotion requires neither military means nor planning. Although American leadership in the world lacks democratic legitimization, it implies limited government and promotes competition between governments and thereby contributes to the preservation of free societies and economies.